

# Öffentliches Protokoll

## Sitzung des Sozialausschusses

**Sitzungstermin:** Dienstag, 11.03.2025

**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr

**Sitzungsende:** 20:08 Uhr

**Ort, Raum:** Sitzungsraum Vejen des Rathauses, Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

### Anwesend

#### Vorsitz

Heidi Keck SPD

#### Mitglieder

Peter Ammer	WSI	
Karin Blasius	Bündnis 90 / Die Grünen	
Gertrud Borgmeyer	Bündnis 90 / Die Grünen	Vertretung für: Friederike von Nobbe
Aysen Ciker	Bündnis 90 / Die Grünen	
Rainer Helmke	CDU	Vertretung für: Hendrik Thomascheski
Dirk Klindtwort	CDU	
Ursula Lauenstein	CDU	
Matthias Schwarz	FDP	
Bernhard Weidenbach	CDU	
Claudia Wittburg	SPD	Vertretung für: Laurin Schwarz

#### Jugendbeirat

Jasmin Sophie Schult Jugendbeirat

#### Seniorenbeirat

Gisela Van Dühren Seniorenbeirat

#### Verwaltung

Claudia Friederich	Verwaltung	
Klaas Kasper	Verwaltung	
Jens Saake	Verwaltung	
Ralf Waßmann	Verwaltung	

### Abwesend

#### Mitglieder

Laurin Schwarz	SPD	entschuldigt
Hendrik Thomascheski	CDU	entschuldigt
Friederike von Nobbe	Bündnis 90 / Die Grünen	entschuldigt

#### Jugendbeirat

Jagoda Tadysz	Jugendbeirat	entschuldigt
---------------	--------------	--------------

**Gäste:** Frau Vorgias + 2 Personen (KiJuZ), Frau Heyer (Ratsfrau), Frau Teising (Senio-

renbeirat)

0 Einwohner\*innen

0 Vertreter\*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Klindtwort (CDU) wird verpflichtet.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

**Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.**

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

## Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
  - 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
  - 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner\*innen
  - 2 Anhörung der Beiräte
  - 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 11.02.2025
  - 4 Bericht über Belegung von städtischen Unterkünften MV/2025/009
  - 5 Situation in den städtischen Unterkünften
  - 6 Haushaltssatzung und Haushaltsbegleitbeschluss 2025
  - 7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
  - 7.1 Bericht der Verwaltung
  - 7.2 Öffentliche Anfragen

## **Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil**

- 8       Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom  
          11.02.2025
  - 9       Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
  - 9.1     Bericht der Verwaltung
  - 9.2     Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 10 Unterrichtung der Öffentlichkeit

## Öffentlicher Teil

---

### 1 Einwohnerfragestunde

---

#### 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

---

#### 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner\*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

---

### 2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat berichtet über eine laufende Umfrage bei den Weiterführenden Schulen zum Thema Schulsozialarbeit. Diese soll der Politik in Bezug auf den Haushaltsbegleitschluss vorgelegt werden.

---

### 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 11.02.2025

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

---

### 4 Bericht über Belegung von städtischen Unterkünften

MV/2025/009

Herr Kasper stellt die Vorlage vor.

Die SPD-Fraktion erfragt, wie die Internetbereitstellung innerhalb der Unterkünfte ist. Herr Kasper berichtet, dass in den nicht abgängigen Unterkünften Internet zur Verfügung steht.

Weiter bittet die SPD-Fraktion um eine Auskunft, inwieweit mit ggf. psychisch kranken Personen umgegangen wird und ob solche Personen innerhalb der Unterkünfte identifiziert werden können.

Herr Kapser teilt mit, dass durch Frau Kölln-Tietje oder andere Personen der Fachstelle Wohnen, Personen, die ggf. auffällig sind, näher betreut werden. Ein Beispiel ist die Industriestr., in der Frau Kölln-Tietje in regelmäßigen Abständen die Bewohner besucht und mit Ihnen spricht. Bei akuten Auffälligkeiten wird zusätzlich der sozialpsychiatrische Dienst informiert. Herr Kasper schränkt ein, dass aufgrund der Personaldecke nicht alle Bewohner\*innen innerhalb der Unterkünfte regelmäßig besucht werden können.

Herr Waßmann ergänzt hier, dass auch durch Besuche innerhalb des Rathauses manche auffälligen Personen identifiziert werden konnten.

Die Grünen-Fraktion bittet um Auskunft, wie die Vermietung der im Besitz der Stadt Wedel befindlichen Wohnungen/Häuser abläuft. Herr Kasper erläutert, dass diese an durch Frau Kölln-Tietje identifizierte geeignete Mieter\*innen vermietet werden. Die Vermietung wird



durch Frau Kölln-Tietje in enger Zusammenarbeit mit dem FD Gebäudemanagement betrieben. Aufgrund des geringen Bestandes von Eigentum der Stadt Wedel sieht Herr Kasper aber derzeit dies als Pilotprojekt. Eine Ausweitung ist beim jetzigen, geringen Wohnungsbestand der Stadt kaum möglich.

Die SPD-Fraktion teilt mit, dass auf Kreisebene eine Abfrage über den Bedarf bei den Sozialträgern erfolgt, ob ein Projekt ähnlich wie WohnECK hier im Kreis Pinneberg erfolgreich wäre.

Die WSI-Fraktion bittet um einen kurzen Sachstand, wann der Steinberg 8a saniert ist. Herr Kasper gibt an, dass derzeit das dritte Quartal 2025 geplant ist.

Herr Kasper verdeutlicht nochmal, dass die geplanten Neubauten der städtischen Unterkünfte in der Priorisierungsliste von Investitionen weiter oben stehen müssten. Durch abgängige Unterkünfte könnte es in den nächsten Jahren zu massiven Problemen kommen, den gesetzlichen Auftrag weiterhin zu erfüllen.

Die Fraktionen bedanken sich bei Herrn Kasper für die Berichterstattung.

---

## 5 Situation in den städtischen Unterkünften

Der Top wurde mit TOP 4 verbunden.

---

## 6 Haushaltssatzung und Haushaltbegleitbeschluss 2025

Die Grünen-Fraktion kündigt an im HFA über den Punkt Gebührenermäßigung für Bewohner\*innen der städtischen Unterkünfte auf der Haushaltksolidierungsliste eine Änderung zu beantragen. Hier soll die Gebührenermäßigung nicht abgeschafft werden, sondern lediglich der Ermäßigungsbetrag reduziert werden. Ebenfalls soll ein Antrag gestellt werden, dass die Konsolidierungssumme in Bezug auf die „Villa“ von 70.000,- € auf 40.000,- € reduziert werden soll.

Frau Friederich teilt mit, dass im Laufe der Woche ein neuer Maßnahmenkatalog zur Haushaltksolidierung auf den Weg gebracht wird. Dieser beinhaltet ebenfalls Punkte des Sozialausschusses und sollte erstmal abgewartet werden. Sie ergänzt hierbei nochmal, dass es sich bei der Abstimmung des Begleitbeschlusses nur um den Rahmen der Konsolidierung handelt. Einzelne Maßnahmen sollen im Detail erst nach einer Zustimmung diskutiert werden.

Hier entgegnen die SPD- und Grünen-Fraktion, dass in der Ratssitzung ein Antrag auf Einzelabstimmung der Maßnahmen gestellt wird. Die CDU-Fraktion sieht dies als kritisch an.

---

## 7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

---

### 7.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.



## 7.2 Öffentliche Anfragen

### 1. Anfrage/Antrag der SPD-Fraktion Wedel zum Thema:

#### Anfrage Parkerlaubnis für ambulante Pflege

Das erklärte politische Ziel im Bereich der Pflegeversorgung ist es, den sog. Ambulantisierungsgrad zu erhöhen. Dies ist nicht nur alternativlos aufgrund des Fachkräftemangels, sondern auch der erklärte Wunsch der meisten älteren Menschen. Diese ambulante Pflege ist minutengenau finanziert und erreicht die zu pflegende Person üblicherweise mit dem Auto.

In vielen Innenstädten ist der Parkraum knapp, es gibt zahlreiche Halte- und Parkverbote sowie bewirtschaftete Zonen. So auch in Wedel. Für die ambulanten Pflegekräfte bedeutet dies entweder verkehrswidrig zu parken und die Knöllchen aus eigener Tasche zu bezahlen oder lange einen Parkplatz zu suchen und gegebenenfalls weit entfernt zu parken. Diese verlorene Zeit wird unmittelbar auf die zur Verfügung stehende Zeit angerechnet und verschlechtert die Versorgung.

Daher gibt es in zahlreichen Städten - so auch Hamburg - eine Ausnahmegenehmigung zum Halten und Parken für Pflegekräfte im Dienst. <http://www.hamburg.de/service/info/11325033>

1.

Gibt es im Wedeler Rathaus bereits Überlegungen in diese Richtung?

2.

Wenn nein: welche Mindereinnahmen wären bei einer Umsetzung des Hamburger Modells zu erwarten?

3.

Gibt es sonstige Hürden rechtlicher Art, dieses Modell in Wedel umzusetzen?

Falls es eine Möglichkeit zur Umsetzung gibt, bitten wir, diese Anfrage als Antrag der SPD-Fraktion zu bewerten.

Für die SPD-Fraktion:

Heidi Keck, Sozialausschuss

Gerrit Baars, Planungsausschuss

Antwort der Verwaltung durch Herrn Kasper (im Vorwege mit dem Ordnungsamt abgestimmt):

Es ist schon jetzt der Fall, dass ambulante Pflegedienste auf Antragsstellung die jederzeit widerrufliche Erlaubnis im Rahmen der ambulanten Pflege erhalten, mit dem Fahrzeug im Stadtgebiet Wedel im eingeschränkten Halteverbot zu parken. Darüber hinaus darf auf Parkplätzen mit Parkscheiben- oder Parkscheinpflicht über die zulässige Höchstparkdauer hinaus, bzw. ohne die Entrichtung von Parkgebühren geparkt werden.

Diese Ausnahmegenehmigung gilt jedoch nur dann, wenn andere Haltemöglichkeiten nicht gegeben sind. Zudem ist diese Erlaubnis auf Verlangen vorzuzeigen. Die entsprechende Genehmigungskarte ist Kennzeichengebunden, im Fahrzeug auszulegen und jeweils für ein Jahr gültig.

Für diese Art von Ausnahmegenehmigungen sind Verwaltungsgebühren festgesetzt. Der Antrag kann per E-Mail erfolgen, für das erste Fahrzeug betragen die Gebühren 150,- Euro, jedes weitere Fahrzeug kostet 10,20 Euro.



Nach Kenntnisstand der Verwaltung nutzen fast alle größeren Pflegedienste diese Möglichkeit. Da die Regelung bereits seit langem existiert, kann zu möglichen Mindereinnahmen keine Aussage getroffen werden, da keine Vergleichswerte vorhanden sind. Insgesamt sieht die Verwaltung keinen weiteren Handlungsbedarf, da die Wedeler Regelungen mit dem "Hamburger Modell" vergleichbar und teilweise sogar praktikabler für die Pflegedienste sind.

## 2. Anfrage der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion erfragt, ob im Neubau Rissener Str. 99 es Daten darüber gibt, welche Personen in den Sozialwohnungen untergekommen sind?

### Antwort der Verwaltung:

Daten zu Sozialwohnungen unabhängig vom Benennungsrecht werden im Wohnungskataster der Fachstelle Wohnen geführt. In Bezug auf die Rissener Str. 99 sind von 35 Sozialwohnungen 6 an nicht Wedeler Bürger\*innen gegangen.

## 3. Anfrage der SPD- und Grünen-Fraktion:

Gibt es eine Planung, ob und wann die AG Wohnen wieder durchgeführt werden soll?

Zusätzlich bitten sie, dass die früheren Themen die noch offen sind, auf die Tagesordnung der AG mit aufgenommen werden.

### Antwort durch die Verwaltung:

Herr Waßmann und Frau Friederich teilten mit, dass es beschlossen ist, dass die AG Wohnen wieder reaktiviert werden soll. Ein Datum wurde aber noch nicht identifiziert.

Es wird aber zeitnah im Leitungsteam der Verwaltung besprochen.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

## Öffentlicher Teil

---

### 10 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. Es wurden keine Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil beschlossen.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Protokollführung:



---

Heidi Keck

---

Jens Saake

